

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

10.4.1923 (No. 83)

Expedition: Karlsruher Str. 14
Telefon: Nr. 953 und 954
Verleger: Carl Kasper
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. A. Mend, Karlsruhe.

Verkaufspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für April 6000 M. — Einzelnummer 200 M. — Anzeigenpreis: über 125 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Entsendungen inoffizieller Post, der als Kassenpost gilt, ist Versicherung zu übernehmen, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstößige Anzeigen sind nicht an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bereinigt. Bei Unzustellung, zwangsweiser Beibehaltung und Kontostornos sind die Kosten der Zeitung zu tragen. In jedem Fall ist die Zeitung zu bezahlen, in jedem Fall ist die Zeitung zu bezahlen, in jedem Fall ist die Zeitung zu bezahlen. Für telegraphische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unbezahlte Druckfahnen sind dem Besteller keine Kassenquittung, falls die Zeitung versäumt, in jedem Fall ist die Zeitung zu bezahlen. Für telegraphische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unbezahlte Druckfahnen sind dem Besteller keine Kassenquittung, falls die Zeitung versäumt, in jedem Fall ist die Zeitung zu bezahlen.

* Englands Kontinentalpolitik.

Aus den mannigfachen Erörterungen, die die Reise Loucheurs nach London und die ganz zweifellos von ihm inszenierte Veröffentlichung eines französischen Verhandlungsprogramms im „Daily Telegraph“ herbeigeführt haben, lassen sich die Tatsachen nunmehr klar herausziehen. Darnach war Loucheur in einer halb offiziellen Mission in London. Er hat vor seiner Reise eine eingehende Rücksprache mit Poincaré gehabt, hat in England nicht nur Lloyd George, sondern auch den Schatzkanzler Baldwin und den Premierminister selbst bejuchelt und hat dann nach seiner Rückkehr in Paris sofort Poincaré und Millerand Bericht erstattet. Die extrem chauvinistische Presse Paris hat offenbar von der Sondierungsaktion Loucheurs in London nichts gewußt. Doch haben sich gerade die Artikel des „Matin“, der als Poincarés eiborg angeprochen werden kann, deutlich genug erkennen lassen, daß es sich bei der ganzen Aktion in der Tat um einen Fühler, und zwar um einen sehr ernstzunehmenden Fühler der französischen Regierung handelt.

Inwiefern England die Pariser Regierung zu diesem Fühler animiert hat, wissen wir nicht. Ganz sicher aber darf angenommen werden, daß in den letzten Wochen hinter den Kulissen eine sehr rege Aussprache stattgefunden hat, und daß sich im Verlauf dieser Aussprache für die französische Regierung die Notwendigkeit ergab, einmal in London selbst festzustellen, wie sich England zu der französischen Reparationspolitik bzw. zu der französischen Rheinpolitik nunmehr endgültig stellen werde. Dabei ist natürlich zunächst die Hoffnung maßgebend gewesen, daß England sich vielleicht doch noch zu einer Kooperation mit Frankreich entschließen könne. Man kann heute bereits feststellen, daß diese Hoffnung gründlich enttäuscht worden ist.

Der britische Premierminister hat, wie in London offiziös mitgeteilt wird, Loucheur klipp und klar gesagt, daß England unter keinen Umständen es dulden werde, wenn Frankreich sich — sei es in offener, sei es in verhängnisvoller Form — am Rhein festsetze. Allen französischen Bestrebungen, die sog. Frage der Sicherheiten im Sinne einer faktischen Beherrschung zum mindesten des linken Rheinufers zu lösen, ist damit eine glatte Absage erteilt worden. Die englische Politik ist grundsätzlich bei ihrem Standpunkt des Abwartens geblieben, sie hat wohl auch weiterhin grundsätzlich ihre Freundschaft mit Frankreich betont, gleichzeitig aber daselbst Frankreich über die eigenen Grundtendenzen nicht im Unklaren gelassen. Mag es auch in der letzten Zeit manchmal so geschienen haben, als ob England nicht mehr stark und tatkräftig genug sei, um eine traditionelle Politik fortsetzen zu können, so haben sich die Tatsachen selbst immer wieder bewiesen, daß die britische Politik auch heute noch genau so wie zurzeit Ludwigs XIV., Ludwigs XV. und Napoleons I. an der Maxime festhält, das Aufkommen einer hegemonialen Gewalt auf dem Kontinent zu verhindern, das heißt also, es zu verhindern, daß irgend ein Staat in Europa so mächtig wird, daß er allein ganz Europa beherrscht.

Und nun war ja ganz klar, daß Frankreich, nachdem es sich — ebenfalls anknüpfend an die alte französische Tradition — im Osten in Polen und der Tschechoslowakei neue und immerhin nicht zu unterschätzende Bundesgenossen verschafft hatte, auch darnach trachten würde, das eigentliche Zentrum Europas, nämlich Deutschland, unter seinen Einfluß zu bringen. Dafür standen mehrere Wege offen. Der beste Weg wäre wohl der gewesen, der die Zerstörung der Reichseinheit herbeigeführt hätte. Als die Reichseinheit trotz aller Erschütterungen und Kämpfe siegreich erhalten blieb, mußte ein anderer Weg beschritten werden. Es war der Weg jener Sanktionspolitik, die in geschichtlicher Weise formal-juristische Momente mit solchen wirtschaftspolitischen und machtpolitischen Natur zu verknüpfen wußte. Aus dieser Sanktionspolitik hat sich dann, gewissermaßen zwangsläufig, das Ruhrabenteuer ergeben. Damit greift aber die französische Politik in schroffer und bedenklicher Weise in den Interessenbereich der englischen Politik ein.

Für England sieht heute die politische Lage des Kontinents fatal genug aus. Sein stärkster Bundesgenosse aus dem Weltkriege, Frankreich, ist heute als stärkste Militärmacht Europas und als Schirmherr verschiedener mittlerer Staaten ein gefährlicher Rivale geworden. Auf einen anderen Bundesgenossen, der mächtig genug wäre, um im Verein mit England Frankreich im Schach halten zu können, muß die Londoner Politik verzichten, da ein derartiger Bundesgenosse nach Lage der Dinge im Augenblick nicht vorhanden ist. Mit der einzigen Ausnahme Italiens. Aber die italienische Politik ist ihrerseits durch mancherlei eigene Sorgen in Anspruch genommen und geradezu hypnotisiert durch den Wunsch, aus der Reparationsfrage auch für Italien möglichst viel Geld herauszuschlagen. Damit ist es aber immer wieder bis zu einem gewissen Grade an die Seite Frankreichs geföhrt worden, das Deutschland gegenüber ja dieselbe Ausbeutungspolitik verfolgt. Allerdings ist die Volkstimmung in Italien eher franzosenfeindlich als franzosenfreundlich. Und wenn die Londoner Politik sich Mühe gibt und die gewinnlichsten Preise bezahlen kann, wird Italien wahrscheinlich nicht zögern, in ein Bundesgenossenverhältnis zu England zu treten.

Einstweilen sind wir aber noch nicht soweit. Und außer Italien gibt es, wie gesagt, in Europa keinen Staat mehr, der stark genug wäre, um durch seine diplomatische oder militärische Hilfe England das unmittelbare Übergewicht über Frankreich zu sichern. Deshalb hat England seine Beziehungen zu Nordamerika ausgebaut und erweitert. Aber Nordamerika, das diplomatisch und wirtschaftlich dem englischen Bundesgenossen die größten Vorteile verschaffen könnte, mußte unter Umständen mit seiner militärischen Hilfe zu spät kommen, nämlich dann, wenn es Frankreich gelang, mit Hilfe seiner Luftflotte und seiner Seeflotte, die Landung in England zu erzwingen.

Wie aus den Mitteilungen der französischen Regierung hervorgeht, ist Frankreich entschlossen, seine Seemacht ganz erheblich zu vergrößern. Zwar heißt es, daß man damit bis zu dem Termin warten wolle, an welchem das Rüstungseinschränkungsabkommen von Washington abläuft. Aber wer garantiert England, daß heimlich nicht doch dieses Abkommen jetzt schon durchbrochen wird? Auf alle Fälle haben Londoner Blätter ganz richtig erkannt, daß sich eine derartige Verstärkung der französischen Seemacht nur gegen ein Volk richten könne, nämlich gegen das britische und daß die Reparationen Frankreich infolge dessen in der Zukunft zu betreiben, deren Spitze letzten Endes gegen England gerichtet ist.

Alle diese Momente sind jedenfalls schwerwiegend genug, um auch einem Kabinett, wie dem Bonar Law's, eine etwas energiegeladere Vertretung der eigenen, politischen Ziele zu empfehlen. Und das ist nunmehr geschehen. Ohne damit allerdings die Möglichkeit einer friedlichen Regelung auszuschließen. Im Gegenteil! Die englische Regierung scheint durchaus bereit zu sein, im Rahmen der bisherigen Entente die Reparationsfrage auf dem Wege ruhiger und vernünftiger Verhandlungen aus der Welt zu schaffen. Nur soll das nicht geschehen auf Kosten der britischen Interessen. Diese Interessen fordern gebieterisch, daß Deutschland nun nicht noch weiter geschwächt wird.

Ob bei alledem für die englische Politik eine Entmilitarisierung des linken Rheinufers diskutabel sein wird, bleibt noch eine offene Frage. Wenn es gelänge, die französische und englische Besetzung deutscher Gebiete überhaupt aufzuheben, unter der Bedingung, daß Deutschland freiwillig eine Entmilitarisierung des linken Rheinufers konzediert, dann würde unserer Meinung nach das allerdings nicht nur für Europa in seiner Gesamtheit, sondern auch für Deutschland selbst ein gutes Geschäft sein. Da wir ja an keine Revanche denken, haben wir auch an der Aufrechterhaltung der militärischen Gewalt auf dem linken Rheinufer kein unmittelbares, militärisches Interesse. Weitere Voraussetzung ist natürlich, daß die übrigen Großmächte bzw. der Völkerbund bindende Garantien übernehmen, daß Frankreich eine etwaige Entmilitarisierung des linken Rheinufers nicht doch noch im Sinne anexionistischer Ideen ausnutzt!

Ausführung des Versailler Vertrages, seiner Vorverträge und Zusatzabkommen.

Som 11. November 1918 bis 30. September 1922.
Die Zahlen können nicht als endgültig angesehen werden. Eine Reihe von Leistungen hat bisher zahlenmäßig überhaupt nicht oder nur teilweise erfaßt werden können. Die Leistungen des Deutschen Reiches gehen daher beträchtlich über die folgenden Zahlen hinaus.

I.	
Leistungen aus vorhandenen Beständen und Abtretung von Eigentum im In- und Ausland.	
	Goldmark:
1. Reichs- und Staatseigentum (auschl. Eupen-Malmédy, Elsaß-Lothringen und Kolonien)	5 507 616 000
Dazu: Reichs- und Staatseigentum in Eupen-Malmédy	150 000 000
2. Saargruben	1 017 570 000
3. Privat- und Staatslabel	79 410 000
4. Nichtmilitärische Rücklagsgüter in den von deutschen Truppen geräumten Gebieten der Westfront	1 897 150 000
5. Eisenbahn- und Schiffsbrücken über den Rhein (Badischer Anteil)	9 611 000
6. Aktien der Marokkanischen Staatsbank und Wert der gemäß Art. 260 des Friedensvertrages abgelieferten Wertpapiere	302 643 000
7. In den alliierten Staaten liquidiertes deutsches Eigentum	11 740 000 000
8. Abgetretene Forderungen des Deutschen Reiches gegen seine ehemaligen Kriegsverbündeten	8 600 000 000
	Summe I: 29 394 000 000
II.	
Leistungen aus volkswirtschaftlichem Vermögen und aus laufender Produktion.	
	Goldmark:
9. Waffenstillstands-Eisenbahnmateriale einschließl. Fahrzeugfahrzeuge und Lokomotiven, Eisenbahnfahrzeugpark in den Abtretungsgebieten (einschl. Oberschlesien, auschl. Memelgebiet, Dänemark und Eupen-Malmédy)	2 238 433 000
10. Seeschiffe (einschl. Amerika- u. Empargoschiffe und Fischdampfer, Binnenschiffe, Hafenanlagen und Mischschiffe)	6 020 391 000
11. Kohle- u. ohne Nebenprodukte (Weltmarktpreis)	2 333 600 000
12. Waffenstillstands- u. sonstige Wiederaufbaulieferungen (z. B. Kohlennebenprodukte, Vieh, Farben, pharmazeutische Präparate, Maschinen, Geräte, Holz, Lötlöhnerunterstützung, Kunstgemälde usw.)	520 576 000
	Summe II: 11 113 000 000
III.	
Barzahlungen.	
	Goldmark:
13. Devisenbarzahlungen	1 580 000 000
14. Verkauf von zerstücktem und unbrauchbar gemachtem Kriegsmateriale (Schrotterlöse) schätzungsweise	200 000 000
15. Rheinland-Löhne und sonstige Einnahmen aus wirtschaftlichen Sanktionen von 1921	69 337 000
16. Englische Sanktionsabgabe (Recovery-Act)	126 295 000
17. Verschiedenes (elsaß-lothringische Kriegsausgaben, deutsch-französisches Benjaminsabkommen, Sicherheitsleistungen an das Garantiefomitee u. a. m.)	164 368 000
	Summe III: 2 140 000 000
IV.	
Sonstige Leistungen.	
	Goldmark:
18. Ausgleichszahlungen	603 000 000
19. Innere Besatzungskosten einschließl. Marktvorschüsse.	861 000 000
(Die äußeren Besatzungskosten, d. h. die von den Besatzungsmächten selbst bestrittenen Ausgaben ohne Marktvorschüsse — werden von Deutschland durch Sachleistungen abgetragen. Jene Kosten betrafen sich bis 30. April 1922 bereits auf 3,4 Milliarden Goldmark.)	
20. Kosten der Reparationskommission und der sonstig. interalliierten Kommissionen	90 000 000
21. Restitutions- und Substitutionskosten (d. h. Rück- und Ersatzlieferungen) von Maschinen, Geräten, Schiffen und Tieren, schätzungsweise	400 000 000
22. Abgelieferte Kriegsschiffe (ohne die in Scapa Flow internierten Schiffe) einschließl. der an Japan abgetretenen Marineanlagen in Fingtau — Art. 184, 185 und 188 des Friedensvertrages	1 417 300 000
	Summe IV: 3 371 000 000

Innere Ausgaben und Verluste.

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes items like 'Militärische Ausrüstung', 'Industrielle Ausrüstung', and 'Zusammenstellung'.

Verüchlicht man weiter den Wert Elsaß-Lothringens und der Deutschen Kolonien sowie den rein militärischen Rückfall in sämtlichen Räumungsgebieten...

Politische Neuigkeiten. Reichsregierung und Loucheurreise.

„Aktives Mitwirken, bevor es zu spät ist.“ Daß Loucheurs Reise nach London und die Unterhaltungen, die er dort mit englischen Staatsmännern gepflogen hat...

Der „Vorwärts“ zieht aus den englischen Presseäußerungen über Loucheurs Reise den Schluß, daß trotz der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich...

Einrichtung und Wohnungskunst.

Bei einer Durchsicht des Januarheftes der von Alexander Koch-Darmstadt herausgegebenen „Innen-Decorations“ kann man sich dem Eindruck nicht verschließen, daß dies gepfelegte Heft...

Aus dem reichen Abbildungsmaterial des Januarheftes der „Innen-Decorations“ in circa 45 großen Abbildungen, 5 Sepiaton- und Vierfarbendrucke...

verharre und nicht klar und deutlich ihren Standpunkt zu den jetzt erörterten Problemen kundgibt, so besteht die Gefahr, daß das deutsche Volk abermals vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Daß innerhalb der Reichsregierung die Frage, wie weit unter Berücksichtigung aller der Unsicherheitsfaktoren, die der Aufbruch bewirkt hat, ein Reparationsvorschlag mit der Aussicht auf politische Verwertbarkeit aufgestellt werden kann...

Die rheinische Sozialdemokratie.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Köln nahm dort eine am Sonntag abgehaltene Konferenz der sozialdemokratischen Funktionäre aus den Kreisen Köln, Aachen, Koblenz, Trier und dem Saargebiet nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Solman eine Entschliessung an...

Die Hinausschiebung der Entlassung der ausgedienten Soldaten und die Rubmes-taten im Ruhrgebiet.

„Aus Paris, 1. April, wird uns geschrieben: Das Ruhrgebiet hat bisher Frankreich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch finanzielle Nachteile eingebracht. Abgesehen von den direkten Kosten, welche die Ruhrbesetzung verursacht, entstehen auch bedeutende mittelbare Ausgaben.

Während die Entlassung der Jahresklassen 1921 bereits hätte erfolgen müssen, werden am 25. April 78 000 Mann, am 15. Mai 50 000 Mann und am 30. Mai 93 000 Mann entlassen werden. Dies alles wegen der Ruhrbesetzung, weil man die Effektivstärke der Wehrmacht in Rhein- und Ruhrgebiet nicht verringern, sondern erhöhen will...

Wenn diese Auffassung auch sicherlich berechtigt ist, so mag man sie allenfalls noch als halbwegs sachlich hingenommen lassen. Wenn aber der französische Kriegsminister bei derselben Gelegenheit in der Kammer glaube, den Ruhestätigen der französischen Soldaten im Ruhrgebiet Vorkünder singen zu sollen...

Der Maginot hatte den Mut, von Anstrengungen der französischen Soldaten im Ruhrgebiet zu sprechen, welche die „Verwunderung aller, aber die der Soldaten, am Besten gesehen haben hervorgerufen hätten.“ Er hat dann weiter gesagt, daß diese Soldaten im Sinne ihrer Ahnen für Frankreich Opfer brachten und daß sie die ganze Größe ihrer Pflicht erfüllt hätten.

Zu den Anstrengungen der französischen Soldaten im Ruhrgebiete gehören die zahllosen Mißhandlungen Wehrloser, die feigen Verhätungen von ihm selbst, Wohnräume der Arbeiter Hugo George, Josef Berger, Martin Jäger, vornehme Räume und Einrichtungsgüter nach Entwurf von Dr. Oscar Wach, Kleinfuß aller Art, neue Lampen in neuen Formen u. a. m. Eine Übersicht gediegener Wohnungskunst in meist ganzseitigen mustergetreuen Abbildungen in vornehmster typographischer Anordnung.

Die Vielfältigkeit der literarischen Beiträge geht aus folgenden kurzen Hinweisen hervor. „Von edler Arbeitsgesinnung“ spricht in wohlklingenden Worten der Herausgeber Alexander Koch im Vorwort: von „einer Arbeitsgesinnung, in der sich Treue und Pflichtgefühl, äußerste Befonnenheit und echte menschliche Anteilnahme vereinigen.“

Die Vielfältigkeit der literarischen Beiträge geht aus folgenden kurzen Hinweisen hervor. „Von edler Arbeitsgesinnung“ spricht in wohlklingenden Worten der Herausgeber Alexander Koch im Vorwort: von „einer Arbeitsgesinnung, in der sich Treue und Pflichtgefühl, äußerste Befonnenheit und echte menschliche Anteilnahme vereinigen.“

Zeitschriftenschau.

Die Aprilnummer der „Deutschen Rundschau“, herausgegeben von Rudolf Bebel, Verlag von Gebrüder Paetel (Dr. Georg Paetel), Berlin, hat folgenden Inhalt: Peter Weber: ... et resurrexit; Alfred von Wegener: Ruhrereinsicht und

Auch die Berufung des französischen Kriegsministers auf die Ahnen der französischen Soldaten ist ganz verfehlt. Wohl haben auch die Truppen eines Ludwig XIV. und Napoleon auf deutschen Boden Besetzungen angerichtet, geraubt und Verwüstungen begangen, aber inwiefern haben diese Franzosen doch ihre Missetaten durch mutige und tapfere Handlungen einigermaßen ausgeglichen. Wo aber ist in den 2 1/2 Monaten seit der Besetzung des Ruhrgebietes auch nur eine einzige Handlung der französischen Offiziere und Soldaten zu finden, die der Anerkennung eines unbefangenen Beobachters würdig wäre?

So hat die französische Kammer, als sie dem Kriegsminister lebhaften Beifall spendete, damit entweder ihre vollkommene Unrechtslosigkeit oder eine ebenso große Heuchelei und Verlogenheit, wie sie Herrn Maginot eigen ist, bewiesen. Eins aber ist gewiß: im Ausland werden die „Bis applaudissements“ der französischen Kammer kein Echo finden.

Der Reichspräsident an die Eisenbahner.

An die deutschen Eisenbahner im besetzten und Einbruchgebiet ist unter dem 8. ds. folgender Brief ergangen: Der Auwechtkampf, den Deutschland um Freiheit und Leben im Ruhrgebiet zu führen gezwungen ist, hat die deutschen Eisenbahner an der Ruhr und am Rhein, in der Pfalz, in Hessen und in Baden in die vorberste Kampfeslinie gestellt.

Unsere Gegner wissen, daß sie ohne Mithilfe der Angehörigen der deutschen Reichsbahn ihr Ziel nicht erreichen. Durch harte Bedrückung, brutale Verfolgung und arglistige Verleumdung suchen sie daher mit aller Macht deutsche Eisenbahnbeamte und Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen, Eid und Pflicht, Recht und Gesetz, Väterrecht und Vertrag zu Füßen tretend. Dem haben die deutschen Eisenbahner ihr stummes, unbezwingliches „Nein“ entgegengebracht. Trotz allen Drohungen, trotz den sich von Woche zu Woche steigenden Quälereien und unangenehmsten von den verführerischen Versprechungen bleiben sie standhaft, bleiben sie treu ihrer beschworenen Pflicht, ihrem Vaterlande und ihrem Volke. Mag landfremde Gewalt sie aus Heimat und Eigentum vertreiben, mag brutales Faustrecht sie mißhandeln und in die Gefängnisse schleppen, sie wollen und werden keine Dienste in Anrechnung tun. Mit tiefem Mißgefühl und stolzer Bewunderung sieht ganz Deutschland dieses stille Heldentum, das uns allen als Vorbild des Mutes und Ausdauer täglich neu stärkt und uns anfeuernt, in den Silbelleistungen bis an die Grenzen unserer Kraft zu gehen. Es wird Ehrenpflicht des ganzen Reiches sein, nach besten Kräften alle Schäden wieder zu heilen, die neues Unrecht den einzelnen zugefügt hat. Es muß unser aller erste Sorge sein, die Freiheit wieder zu gewinnen. Das deutsche Volk weiß, daß die Eisenbahner im Westen für eine bessere Zukunft des Vaterlandes Schwere und Litteres tragen und weiter zu bilden bereit sind. Der Dank des ganzen deutschen Volkes für ihr Ausbleiben sei ihnen erneut besichert. Dieser Dank und unsere Anerkennung sollen sie begleiten in die Zeiten hinaus, in denen wir wieder frei sind von fremder Gewalt und auf unser Vaterland in freier Arbeit leben.

Reichspräsident: Ebert. neuges. Reichsverkehrsminister: Grüner.

Wild gewordene Soldateska...

Der Präsident der Reichsbahndirektion Trier, Lohse, hat aus Gießen an den Reichspräsidenten folgende, vom 8. April datierte Telegramm gerichtet:

Gestern hat die wild gewordene Soldateska von Trier eine vierundzwanzig Stunden zuvor ausgebrochene Drohung wahr gemacht, indem sie mit ihren farbigen Kriegern 106 Familien der Eisenbahnerkolonie in Trier-Weiß auf die Straße setzte, weil die Männer dem Reiche den Treueid nicht brechen wollten. Erst als die Spahis die Möbel aus den Fenstern auf die Straße warfen, griffen hilfesüchtige Hände mit zu, um nicht alles in Stücke gehen zu lassen. Jetzt sind diese Armeen mit Weib und Kind und ihrem Hausrat obdachlos. Die Flüchtlingsfürsorge zu Trier verliert die Not zu lindern. Hilfsaktion nötig. Einer anderen, 98 Familien starken Kolonie der Eisenbahnerangehörigen St. Paulin in Trier und der über 500 Mitglieder starken Kolonie in Erwang steht für die nächsten Tage das gleiche Schicksal bevor. Diese irrsinnige Rohheit kann nicht laut genug vor aller Welt gebrandmarkt werden.

Der Reichspräsident

hat darauf geantwortet: „Diese neuartige unmenschliche Grausamkeit des französischen Militärs gegen Frauen und Kinder, die durch eine brutale afrikanische Soldateska aus Haus und Heimat verjagt werden, weil ihre Männer und Väter es ablehnen, ihren Treueid zu brechen, wird — so hoffe ich — in der ganzen zivilisierten Welt die gleiche Entrüstung und Empörung hervorgerufen wie in Deutschland. Als erste Hilfe für die vertriebenen Familien habe ich an Sie aus dem mir zur Verfügung stehenden Mitteln 10 Millionen überwiehen; weitere Hilfsmaßnahmen sind in die Wege geleitet.“

Kriegsschuldfrage; Stanislaus von Uzarcki: Die Vertreibung der deutschen Ansiedler und Domänenpächter aus Polen; Ina Seidel: Sterne der Heimkehr. Roman (Fortsetzung); Paul Fichter: Goethes Sehen; O. v. Wegendorf: Die Auflösung der Materie; Eugen Meyer: Berufsgemeinschaft? Die Kernfrage der Arbeitsrechtssoziologie; Vom Grenz- und Auslandsdeutschtum; Aus dem Musikleben; Literarische Rundschau; Politische Rundschau; Literarische Notizen; Vom Geiste der Völker; Literarische Neuigkeiten.

Dem aus jahntausendbealten Grabe erstandenen ägyptischen König Tut-anch-Amun widmet die schon erschienene Nummer 407 der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ (J. J. Weber) einen reich illustrierten Beitrag, der angesichts der außerordentlichen Ergebnisse der englischen Grabungen für die Allgemeinheit von großem Interesse ist. Von den zahlreichen, zum Teil ganzseitigen Abbildungen verdienen besonders eine Erwähnung ein Vierfarbendruck „Nach dem Gipsmodell“ nach einem Gemälde von Hans Domitzlaff, eine, jeden Hundstunde fesselnde Abbildung „Zwergbulldogge“ nach einem Gemälde von Emil W. Herz, „Frühlingsstube in Südtirol: Auf der Höhe bei Weigen“ ufm. Max Trapp, dem neuen Tonseker von Bonn, widmet Dr. Max Steiniger eine sachkundige Würdigung, die von einer Notenbeilage begleitet ist. Ganz entzückende Aufnahmen berühmter Tänzerinnen der Gegenwart, welche die Tanzkunst in ihren verschiedenen Variationen veranschaulichen, gereichen diesem Heft zu besonderen Fierde. Aus dem schönen Schwabenland finden wir eine Anzahl praktischer photographischer Aufnahmen. Aus dem textlichen Teile seien besonders erwähnt: „Die Sage vom europäischen Gleichgewicht“ von Arthur Diez, „Zeugnisse der Normannenzit in Nordamerika“ von Prof. Dr. Henning, sowie die belletristischen Beiträge „Kerzung“ von Fritz Küller und „Die Modenschau“ Kleinadlitz von Max Dürr. Die Tagesereignisse sind in Wort und Bild wiedergegeben. Der Preis des Heftes ist bei der Fülle des Gebotenen als mäßig zu bezeichnen. (M. 2200.)

Die neuen Kohlenpreise.

Nachdem der Reichsrat der Ermäßigung der Kohlensteuer von 40 auf 30 Prozent seine Zustimmung erteilt hat, treten mit dem 1. April die ermäßigten Kohlenpreise in Kraft. Die neuen Preise stellen sich im Vergleich zu den bisherigen wie folgt (alles in Mark je Tonne):

	jetzt	bisher
Rhein-westf. Kettkohlen Ruß I	154 456	163 165
Rhein-westf. Ragetkohlen Ruß I (östl. Rev.)	173 033	186 934
Rhein-westf. Ragetkohlen Ruß I (westl. Rev.)	189 209	182 807
Rhein-westf. Giechereikohls	175 871	187 597
niederschleif. Ruß I	112 540	1 3 790
niederschleif. Giecherei-Stückkohls	173 020	188 300
mitteldeutsche Braunkohlenbriketts	69 027	81 520
Oberrheinische Braunkohlenbriketts	28 751	33 673
Niederrheinische Braunkohlenbriketts	69 027	81 250
Niederrheinische Braunkohlenbriketts	23 017	27 300
rheinische Braunkohlenbriketts	70 460	73 700
rheinische Braunkohlenbriketts	19 965	22 346

Diese Preise beziehen sich alle einschließlich Kohlen- und Umfahrgeld.

Kurze Nachrichten.

* Der französische Milliardenraub. Nach der D. N. Z. beträgt die Gesamtsumme der von den Franzosen geraubten Gelder 27 Milliarden Mark.

Auf der Rheinbrücke in Worms wurde ein aus Mannheim kommendes Automobil mit 3 Milliarden Reichsbankgeldern von den Franzosen beschlagnahmt.

* In Alzen sind fast alle Lehrer ausgewiesen, darunter auch die Lehrerin H. Köpferling, die Verbandsmitglied in der heftigen demokratischen Parteiorganisation ist. Ein Lehrer wurde während der Konfirmation seines ältesten Kindes rüchellos aus der Kirche geholt und sofort abgehoben. Am zweiten Osterfesttag wurden wiederum eine Menge von Persönlichkeiten ausgewiesen. Als sie abtransportiert wurden, brach die Menge in Schreie auf die Vertriebenen aus. Die Stimmung in Rheinheimen ist infolge der Ausweisungen erregt, aber geschloffen und einheitlich. Niemand fragt mehr nach Parteiunterschieden. Die gegenseitige Hilfsbereitschaft ist allgemein.

* Heftige Staatsanleihe 1923. Wir verweisen auf das Inserat in unserer heutigen Nummer über die 8-10prozentige Markanleihe und 6 Prozent Braunkohlen-Roggen-Anleihe, die mündelsicher sind und durch die Steuerkraft und das gesamte Vermögen des heftigen Staates garantiert werden.

Badischer Landtag.

Die Wohnabgabe im Haushaltsauschuß.

Wir haben in unsern letzten zwei Nummern den wesentlichen Inhalt der Vorlage des Arbeitsministeriums, welche die Erhöhung der Wohnabgabe für Baden vorsieht, wiedergegeben. Es ist notwendig, auch die Verhandlungen im Haushaltsauschuß zu registrieren, die am Freitag vormittag stattgefunden haben. Berichterstatter war Abg. Dr. G. G. G. Er gab eine umfassende Darstellung des Materials der Regierungsvorlage und verwies auf den wichtigsten Punkt, daß die Abgabe vom 1. Januar 1923 ab für das Jahr 315 vom Hundert des Steuerwerts betrage. Dr. G. G. G. hatte Bedenken, die Wohnabgabe auf das verfloßene 1. Viertel dieses Jahres rückwirkend zu machen. Der Arbeitsminister wies jedoch darauf hin, daß dadurch dem Lande 1,6 Milliarden Mark verloren gehen würden, daß könnte finanziell nicht ertragen werden.

Die Aussprache war sehr ausgedehnt. Da die Fraktionen noch nicht zur Vorlage Stellung nehmen konnten, enthielten sich einige Mitglieder der Abstimmung; der Entwurf selbst wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Arbeitsminister ist durchaus dafür, daß dem Hausbesitzer das gegeben wird, was er zu den Reparaturen braucht, aber die freie Wirtschaft in der Wohnungsfrage, wie sie ein Abgeordneter angeregt hatte, würde uns zu unheilvollen Zuständen führen. Er fährt dann fort: Seit dem Vorjahre hat eine ungeheure Geldentwertung eingesetzt; deshalb dürfen auch die anscheinend hohen Sätze der Vorlage nicht schrecken. Sind doch die Baukosten um das 60fache gestiegen, in der Regierungsvorlage ist aber nur das 42fache verlangt. Schon vor dem Kriege haben die Privatunternehmer kleine Wohnungen nicht mehr erbaut. Ein Haus für einen anderen zu bauen, das kann niemand mehr tragen, deswegen müssen Staat und Gemeinde eintreten. Das Schlimmste auf die Wohnämter ist unbedeutend; wir müssen sie haben, ob wir bauen oder nicht. Die Zahl der Leute, die man — nach dem Verlangen des Vertreters der Hausbesitzer — zwingen könnte, sich ein eigenes Haus zu bauen, sind gering; sie beeinflussen den Wohnungsmarkt nicht. Erwarten darf man auch nicht zu viel von der Bekämpfung des Baukostenwunders. Die in Frage kommenden Industrien sind fast durchgängig zu Subsidien zusammengeschoßen und diktiert einfach die Preise. Da verlangen eben auch die Parteien im Reichstage. Nur etwa 10 Zigaretten und Waffelnbetriebe liefern etwa 25 Prozent billiger. Eine Lohnrunde wird mit 23 Mark durch die Wohnabgabe belastet; das aufzubringen, muß möglich sein. Ein Verbot für junge Leute zu erlassen, wie es ein deutschnationaler Redner angeregt habe, das könnte die Regierung nicht. Sie haben sich zu den entsprechenden Anregungen im Reichstage zu stimmen verhalten. Das Verlangen eines deutsch-volksparteilichen Sprechers, schon jetzt Baumaterialien einzukaufen, kommt das Arbeitsministerium selbstverständlich nach; die Suche sei schon eingeleitet. Die Berücksichtigung der Landwirtschaft die verlangt worden sei, liegt schon in der niedrigeren Steuereinsparung der Landwirtschaft überhaupt. — Kinderreiche Familien und sonstige Bedürftige werden berücksichtigt; dazu ist der Parteiparagraph da. Das Geld, welches wir vom Reiche erhalten, wird sofort den Gemeinden zugeleitet. — Ein Vertreter der Regierung bemerkt noch, daß die verlangten Mietkürzungen im Einklang mit den Gemeinden nunmehr aufgestellt sind; die größeren Städte erheben bereits fast durchgängig die Wohnabgabe von den Mietern.

Bei dem Punkt 9: Erhöhung der Zuschläge für Räume, welche nicht Wohnzwecken dienen, wird eine schärfere Umgrenzung des Begriffes: Wohnzwecke verlangt. Die Regierung verwies auf die Wohnungsverbände, die das Nötige zu beantragen hätten, die Entscheidung fälle das Staatsministerium.

Badische Übersicht.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Amlich wird uns mitgeteilt:

Die in den letzten Wochen berichtete zunehmende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage hält an. Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen zum Ausdruck kommt. Dieselbe betrug Anfang März 2158 und stieg bis Anfang April in Baden auf 3205, was einer Zunahme von 50 Prozent gleichbedeutend ist. Betriebsbeschränkungen und Betriebsschließungen mehren sich zusehends, hauptsächlich infolge des eingeschränkten Verbrauchs gewerblicher Erzeugnisse jeder Art. Abgesehen von einigen ganz qualifizierten Spezialarbeitskräften besteht in Industrie, Handel und Gewerbe in keiner Berufsgruppe Aussicht auf Einstellung. Geringe Arbeitskräfte werden von der Landwirtschaft gesucht. Die übliche Nachfrage nach Hauspersonal aller Art hält weiterhin in starkem Maße an.

Am dieser sich weiterhin ungünstig gestaltenden Arbeitsmarktlage entgegen zu wirken, wurde eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die teilweise bereits in Angriff genommen.

Es wurden in der Berichtswochen 5 Betriebsschließungen vorgenommen, die die Entlassung von 280 männlichen und 225 weiblichen Arbeitskräften zur Folge hatten.

Betriebsbeschränkungen (zum Teil sehr erhebliche Arbeitszeitverkürzungen) mußten bei 14 Betrieben durchgeführt werden; es sind davon insgesamt 600 Männer und 225 Frauen betroffen. Die bereits in der letzten Woche gemeldete Betriebsbeschränkung bei einer großen Maschinenfabrik ergibt gegenüber von 3800 Arbeitern mit Arbeitszeitverkürzung auf 24 Wochenstunden nur noch die volle Beschäftigung für 1200 Arbeiter. In der Forstheimer Schmutzwarenindustrie hat sich die Zahl der kurzarbeitenden Betriebe um 13 erhöht, so daß insgesamt 335 Firmen mit zusammen 11 324 Arbeitskräften verfügt arbeiten.

Zur Holzbeschlagnahme im Mannheimer Hafen.

Außer der Beschlagnahme der Holzbestände der Firma Ad. Messerschmitt, die am Samstag vormittag erfolgte, wurde gestern vormittag auch das Holzlager der Kommanditgesellschaft Ulrich u. Wagenmann, Holzfabrik und Sägewerk, Verlängerer Rheinstraße 1, beschlagnahmt. Auch hier legte der Firmeninhaber Protest ein und verweigerte die von der Kommission verlangte Unterschrift. Die Kommission hinterließ jedoch ein Duplikat des Protokollentwurfs, in dem die Beschlagnahme ausgesprochen ist. Ferner wurden im Laufe des gestrigen Vormittags von der französischen Kommission nach Beschlagnahme der Holzlager der Mannheimer Firmen W. Mayer, Dampfbohlen- und Sägewerk, Mühlau-Rheinvorland und Oskar Dreifus, Holzfabrik, Fruchtbohlenstraße 4.

Verbesserung des Umleitungsverkehrs Mannheim-Basel.

Vom Donnerstag, den 12. April an wird zur weiteren Verbesserung des Umleitungsverkehrs von Süd- und Nordbaden und weiter über die Hilfsstrecken ein neues Schnellzugpaar Basel-Frankfurt a. M. über Freiburg-Billingen-Kottweil-Caltz-Pforzheim-Karlsruhe-Mannheim wie folgt eingelegt:

D 281	Erstmal am 12./13. April	D 282
7.35 Nachm.	ab Basel Bad. Vf.	an 11.10 Vorm.
8.06/08	Mühlheim	10.37/39
8.36/42	Freiburg	10.05/11
10.06/08	Hintergarten	9.18/21
10.14/16	Zillfeld	9.07/09
10.25/31	Neustadt i. Schw.	8.45/54
11.15/20	Donauwörth	7.52/58
11.36/42	Billingen	7.30/37
12.27/33	Kottweil	6.14/38
2.42/50	Pforzheim	3.22/30
3.24/32	Karlsruhe	2.30/39
4.27/38	Mannheim	1.28/35
4.50/52	Friedrichsfeld Nord	1.15/16
5.07/08	Beinheim	1.00/01
5.24/25	Bensheim	12.44/45
5.49/53	Darmstadt	12.19/22
6.22 Vorm.	an Frankfurt a. M.	ab 11.51 Nachm.

Die Züge 281/282 führen durchlaufende Wagen 1. bis 3. Klasse Basel-Frankfurt a. M.; auf der Strecke Neustadt im Schwarzwald-Frankfurt a. M. sowie umgekehrt wird ein Schlafwagen geführt.

Der Zug D 281 erreicht in Frankfurt a. M. die Anschlüsse an die Züge D 47 nach Gießen-Siegen-Eberfeld-Nidin, Frankfurt a. M. ab 7.20 vorm. und an den Zug D 71 nach Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. ab 8.50 vorm. Der Zug D 282 nimmt in Frankfurt a. M. die Anschlüsse von den Zügen D 74 von Hamburg-Altona, an 11.04 nachm. und D 48 von Köln über Eberfeld-Siegen-Gießen, Frankfurt a. M. an 11.12 nachm. auf. Es kann außerdem damit gerechnet werden, daß demnächst auch die Berliner Schnellzüge D 41, Frankfurt a. M. ab 7.02 vorm. und D 44, Frankfurt a. M. an 11.31 nachm. in der nächsten Zeit wieder eingelegt werden.

Im Zusammenhang mit der Einlegung der Züge D 281/282 werden vom 13. April an geändert:

Zug 1414: Gausach ab 5.34 vorm., Gutach 5.41, Hornberg 5.56, Niederrast 6.18, Trüben 6.28/33, Ruffach 6.49/50, Sommerau 7.08, St. Georgen i. Schw. 7.09, Peterzell-Rönigsfeld 7.16, Kirnach-Billingen 7.26, Billingen an 7.32 vorm. zum Anschluß an Zug D 282 nach Basel.

Zug 1582 (W.), bisher St. Georgen i. Schw. ab 7.08 vorm. wird später gelegt und verkehrt im bisherigen Fahrplan des Zuges 1414, St. Georgen ab 7.26, Billingen an 7.48 vorm.

Zug 915 (W.), Heidelberg ab 4.32, Friedrichsfeld-Nord an 4.47 vorm. zum Anschluß an Zug D 281; Mannheim ab 4.41, Friedrichsfeld-Nord an 4.53 vorm.

Zur Verstellung des Anschlusses von D 282 nach Heidelberg verkehrt ab 13. April der Zug 182 Friedrichsfeld-Nord ab 1.26, Heidelberg an 1.40 vorm.

Ferner werden vom 12. April an wieder geführt:

Schnellzug D 4, München ab 12 mitläg mit Wagen durchlauf 1. bis 3. Klasse nach Karlsruhe, Mannheim und Frankfurt. Infolgedessen verkehren auch wieder die Züge D 135 Bruchsal-Heidelberg-Frankfurt a. M., Bruchsal ab 6.14, Frankfurt a. M. an 8.42 nachm. und D 74, Heidelberg ab 6.53, Mannheim an 7.14 nachm.

D 136/D 59 Heidelberg-Bruchsal-München, Heidelberg ab 9.22 vorm. München an 4.55 nachm. mit durchlaufenden Wagen von Frankfurt a. M.

Mannheim und Karlsruhe. Die Wagen Frankfurt a. M. — München werden in Frankfurt a. M. dem Zug D 102, ab 7.16 vorm. beigelegt und in Friedrichsfeld-Nord nach Heidelberg abgeleitet. Die von Mannheim kommenden Wagen werden wie früher mit Zug D 81, Mannheim ab 8.43 vorm. nach Heidelberg überführt.

Schließlich werden die seit Anfang Februar auf die Strecke Freiburg-Immendingen-Freiburg beschränkten Eilzüge 384/385 vom 12. April an wieder nach und von Ulm durchgeführt werden, so daß unmittelbare Anschlüsse an die Züge D 53/D 4 nach und von München hergestellt werden.

Der Schnellzug D 69, Karlsruhe ab 9.24 vorm. verkehrt vom 12. April an wieder planmäßig und wartet die Ankunft des Zuges D 2 von Berlin in Karlsruhe nicht mehr ab, weil die Verbindung nach Stuttgart, künftig wieder durch den Zug D 136 unmittelbar vermittelt wird. Die Reisenden aus den Richtungen Mannheim und Heidelberg nach dem badischen Oberland und dem Schwarzwald, die in Pforzheim auf den Zug 907, ab 11.13 vorm. übergehen wollen, können künftig die Züge D 136/D 59/2312 über Bruchsal-Mühlacker nach Pforzheim, Mannheim ab 8.43, Heidelberg ab 9.22, Pforzheim an 11.06 vorm.

Vom 12. April an werden außerdem die Hamburg/Bremer-Nachrichtszüge D 75/D 76 wieder geführt. Solange der Verkehr über Offenburg unterbrochen ist, verkehren beide Züge zwischen Baden-Baden und Hamburg-Altona: D 75 Baden-Baden ab 5.53 nachm., Baden-Dörs an 6 nachm., D 76 Baden-Dörs ab 1.20, Baden-Baden an 1.28 nachm. Gleichzeitig wird der gegenwärtig in Karlsruhe endigende Zug D 176 von Schwetzingen nach Baden-Baden an 7.36 nachm. weitergeführt. Der Personenzug 630, Karlsruhe ab 6.20 nachm., der bisher den Anschluß von den Zügen D 4 und D 176 abgewartet hat, wird künftig wieder fahrplanmäßig in Karlsruhe abgefahren.

Der Personenzug 386 Heidelberg ab 8.20, Mannheim an 8.40 nachm., fällt vom 12. April an wieder aus, nachdem der Eilzug 386 über Schwetzingen direkt nach Mannheim geführt wird.

Fahrplanänderungen.

Die zurzeit zwischen Freiburg (Basel) und Immendingen verkehrenden Eilzüge 384/385 werden ab Donnerstag, 12. April, bis und von Ulm durchgeführt mit unmittelbarem Anschluß von und nach München durch die wieder eingeleiteten Schnellzüge D 59/D 4. Der Eilzug 385, Immendingen an 5.46 nachm., wird für die Dauer der Verkehrsunterbrechung der badischen Hauptbahn zwischen Immendingen und Freiburg (Basel) den bisherigen Fahrplan, Immendingen ab 6.55 nachm., Freiburg an 9.30 nachm., beibehalten, damit er den Anschluß von dem Umleitungsverkehr dienenden Schnellzug D 277, Immendingen an 6.49 nachm., aufnehmen kann. Hierdurch bleibt der Anschluß von Karlsruhe, ab 1.05 nachm., nach Basel an 10.57, Schopfheim an 12.15 nachts, aufrecht erhalten, worauf in Anbetracht der Bedeutung der Strecke Karlsruhe-Freiburg-Basel für die Reisenden von Ulm u. München nach Freiburg-Basel auf die Reisenden des Schnellzuges D 277 in Immendingen ein Aufschub auf 5.46 nachm. bis 6.55 nachm. Eine Beseitigung dieses Stillstandes durch Späterlegung des E 385 auf der Strecke Ulm-Immendingen oder durch Früherlegung des D 277 ab Stuttgart läßt sich leider wegen der Anschlüsse dieser Züge nicht ermöglichen.

Neuer Schlafwagenlauf.

Ab 12./13. April verkehrt in den neu eingeleiteten Zügen 281/282 Basel-Frankfurt-Basel ab und bis Neustadt (Schwarzw.) ein Schlafwagen. Hinfahrt: Neustadt ab 10.30 nachm., Frankfurt an 6.22 vorm., Rückfahrt: Frankfurt ab 11.51 nachm., Neustadt an 8.48 vorm.

Der Verkauf der für die Hinfahrt für deutsche Reisende verfügbaren Plätze erfolgt zu den allgemeinen festgesetzten Preisen durch das Badische Reisebüro Freiburg.

Die Verteilung der Plätze für den Lauf Frankfurt-Neustadt befragt das R.E.M. Frankfurt.

Landgerichtspräsident a. D. Giesler †.

Landgerichtspräsident a. D. Giesler ist am Samstag in Lenzkirch, wo er nach seiner Zurückkehr wohnte, nach einem schweren Leiden, 68 Jahre alt, gestorben. Er war ein führender Mann der Zentrumspartei in Mannheim und in Baden, lange Jahre hindurch (von 1893 bis 1909) Mitglied des Badischen Landtages und lange Zeit Präsident der Budgetkommission, seit 1899 Stadtwortführer und Stadtwortführer bis zum Jahre 1915, wo er von Mannheim nach Mosbach verzog, um seinen Posten als Amtsgerichts-direktor in Mannheim mit dem des Präsidenten des Landgerichts in Mosbach zu vertauschen. Giesler wurde am 7. Oktober 1854 bei Lahr als Sohn eines Landwirts geboren und studierte Rechtswissenschaft in Freiburg und Straßburg. Amtsrichter wurde er 1884 in Engen und 1890 ebendort Oberamtsrichter, Dienstvorstand am Amtsgericht in Mannheim 1894 und 1900 Amtsgerichtsdirektor.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 16 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Bekanntmachung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts: Wahl und Geschäftsordnung der alt-katholischen Kirchensteuervertretung.

DZ. Karlsruhe, 9. April. Wegen übermäßiger Preissteigerung gelangte ein heftiger Schuhmachereifer zur Anzeige, weil er eine Schuhreparatur 46 000 Mark verlangte, obwohl ein Preis von nur 32 000 Mark angebracht gewesen wäre.

DZ. Kehl, 9. April. Die Amtszeit des Bürgermeisters Dr. Weis läuft Anfang Mai d. J. ab. Die Neuwahl ist auf Sonntag den 22. April anberaumt worden.

Nunmehr ist auch im Bruderskopfgebiet Kehl der Befehl des Generals Degoutte bekanntgegeben worden, wonach die Eisenbahnbeamten und Arbeiter sofort ihre Arbeit wieder aufnehmen haben. Alle diejenigen, welche diesem Befehle nicht Folge leisten, werden ohne weiteres mitgefangen und können durch die Rheinlandskommission aus den besetzten Gebieten ausgewiesen werden.

DZ. Billingen, 9. April. Die Plenarsitzung der Schwarzwälder Handelskammer hat den Entwurf des Arbeitsministeriums betreffend ein Gesetz für den Bezug des Betriebsunternehmens zu den Lasten des Wohnungsbaues verworfen, weil er zu einer weiteren Sozialisierung des Wohnungswezens führen müßte, wozu die gemachten Erfahrungen nicht ermutigen. Die Versammlung beschloß ferner die Herausgabe eines Telefonadrenbuches für ganz Baden zu beantragen und sprach sich mit aller Entschiedenheit gegen alle Bestimmungen aus, die darauf hinausgehen, den Fremdenverkehr zu unterbinden.

DZ. Freiburg i. Br., 7. April. Die Fleischpreise sind in Freiburg um 600 Mark pro Pfund erhöht worden. Die Erhöhung wird begründet mit den wesentlich erhöhten Viehpreisen. — Im benachbarten Lehen drang der Währungsmechaniker Heitinger aus Freiburg-Gastach in das Anwesen des Bädermei-

fers Zimmer, wurde aber von der Tochter noch rechtzeitig entdeckt, nachdem er bereits allerhand Gegenstände zusammengepackt hatte. Nach aufregender Jagd konnte der Dieb in den Ortsarrest gebracht werden, aus dem er beinahe ausgebrochen wäre, wenn nicht der von Freiburg herbeigerufene Gendarm noch rechtzeitig zur Inempfangnahme des Diebes eingetroffen wäre.

DZ. Vom Feldbergobservatorium. An den internationalen feilgeleiteten Beobachtungstagen der letzten Zeit wurden vom Feldbergobservatorium zur Feststellung der Windverhältnisse der höheren Luftschichten verschiedene Pilotballons hochgelassen, die am 4. April 5700, am 5. April 6600 und am 7. April 9300 Meter Höhe erreichten. Der letztgenannte Ballon traf bis 3000 Meter Höhe leichten Ostwind, und bis 4500 Meter Nordwestwind an. Von hier ab herrschte fast Windstille bis zu 6000 Meter, von wo ab lebhafter Südost einsetzte. Der Ballon hatte einen Durchmesser von etwa 50 Zentimeter, und eine konstante Steiggeschwindigkeit von 2 Meter in der Sekunde. Infolge des Gasüberdrucks platzte die Hülle in der oben angegebenen Höhe (noch 500 Meter höher als der höchste Berg der Erde, der Mount Everest), da dort oben nur noch ein Luftdruck von weniger als 200 Millimeter herrscht. Die Temperatur jener Luftschichten beträgt etwa 45 Grad unter Null. Der Fußpunkt der Platzstelle liegt 10,8 Kilometer vom Observatorium entfernt, etwa 2 km. westlich von dem Ort Ruggenbrunn nordöstlich vom Velden.

DZ. Singen a. S., 7. April. Die Scheffelgemeinde wird auch in diesem Jahre am 30. April auf dem Hohentwiel eine Walsburgsmaschinerie veranstalten, die aber, dem Ernst der Zeit entsprechend, nur in kleinem Rahmen abgehalten werden soll. Die Burg wird nicht beleuchtet, jedoch wird ein Höhenfeuer den abziehenden Frühling verkünden.

DZ. Wundorf, 9. April. Da die Dienstzeit des Bürgermeisters Kaiser demnächst abläuft, muß am kommenden Sonntag gewählt werden. Da Zentrum und Demokraten sich für den bisherigen Bürgermeister ausgesprochen und die Sozialdemokraten keinen eigenen Kandidaten aufgestellt haben, ist mit der erneuten Wiederwahl des Bürgermeisters Kaiser zu rechnen.

DZ. Heilbronn, 9. April. In Heilbronn sind in der letzten Zeit bei einer Anzahl Firmen Nachprüfungen vorgenommen worden, bei denen geradezu ständische Steuerzustände zutage traten. Im ganzen sind etwa 66 Millionen der 4 wiegenes Einkommen und ca. 20 Millionen verschwiegener Umsatz errechnet worden. Auch in anderen Orten sind laut „Nekar-Echo“ Anstände festgestellt. So in Pöckel, wo es sich bei zwei großen Gerbereien um Beträge von 12 und 20 Millionen handelt.

Aus der Landeshauptstadt.

* **Warnung.** Die Franzosen haben am 25. März in Scharnhorst einen Bahnpolizisten vom Zuge abgehängt und die in ihm enthaltene Post genau durchsucht. Einzelne Briefe sind auch nach Beendigung der Kontrolle nicht zurückgegeben worden.

Da der Vorfall sich jeden Tag wiederholen kann, wird es sich empfehlen, auch bei der Abendung gewöhnlicher Briefe nach dem besetzten Gebiet in bezug auf den Inhalt größte Vorsicht walten zu lassen.

Aus den Stadtratsitzungen vom 5. und 6. April.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerversammlungsausschusses wird ein Kredit von 150 Millionen Mark für die Inangriffnahme von Arbeiten zur Beschäftigung Erwerbsloser bereitgestellt. An solchen Arbeiten sind bereits begonnen: Abbruch- und Räumungsarbeiten auf dem nördlichen Teil der Lokalbahn und die Herstellung von Schladensteinen im städtischen Gaswerk. Weitergehend sind: Die Herstellung eines Straßeneinfahrts im Albufer mit Dammschüttung im Zuge der Bogesenstraße, die Schüttung der Rampen für die zukünftige Überführung der Bogesen- und Hardtsstraße über den Westbahnhof und schließlich Meliorationsarbeiten in der Rheiniederung bei Leutchenreut. Die letztgenannten beiden Arbeiten werden nicht durch die Stadt, sondern durch andere Stellen (Reichsbahndirektion und Kulturlandschaft) betrieben. Die Stadt ist aber an beiden Arbeiten beteiligt. Der Straßeneinfahrt im Albufer wird sofort begonnen. Es werden ferner unverzüglich die Grab- und Fundamentierungsarbeiten für 50 Wohnungsbauten an der neu hergestellten Daxlander Straße im Gebiet der sogenannten Albfiedlung angefangen, nachdem jetzt aus Reichsmitteln ein größerer Betrag als Voranschlag auf die Einkünfte aus der Wohnungsabgabe 1923 zur Verfügung gestellt worden ist.

Die Finanzierung der 50 Wohnungsbauten ist dadurch allerdings zunächst nur bis Sockelhöhe sichergestellt, damit aber doch für den Augenblick die Möglichkeit der Beschäftigung einer größeren Anzahl von Erwerbslosen in einer Weise gegeben, die allein als wirklich produktiv und in jeder Weise nutzbringend bezeichnet werden kann. Die Weiterführung des Wohnungsbauens im Jahre 1923 ist im übrigen wie folgt in Aussicht genommen: Die Baukosten einer Kleinwohnung sind 20 Millionen Mark, die anzufangenden 50 Wohnungen demnach zu 1000 Millionen Mark veranschlagt. Davon sind endgültig aus der Wohnungsabgabe abzudecken 600 Millionen Mark. 400 Millionen Mark werden als Leistung der an den Bauten interessierten (zukünftigen) Besitzer der Wohnungen erwartet. Wird nun vorgeesehen, von 2 zu 2 Monaten etwa je 50

Wohnungsbauten zu beginnen, so ergibt sich in einem Jahre ein aus der Wohnungsabgabe abzudeckender Geldbedarf von insgesamt $6 \times 600 = 3600$ Millionen Mark entsprechend einer Wohnungsabgabe von 1000 Prozent des Steuerwertes. Die Durchführung eines solchen Mindestbauprogramms von 300 Wohnungen im Jahre 1923 erscheint zur Bänderung der Wohnungsnot unerlässlich notwendig, ist aber auch die allerwichtigste Maßnahme nicht nur zur Bekämpfung der bestehenden, sondern auch zur vorbeugenden Verhinderung zukünftiger Arbeitslosigkeit.

Einrichtung von Sprachheilklassen an der Volksschule. Der Stadtrat genehmigt den Antrag des Volksschullektors, die an der Volksschule für sprachtaube Kinder (Stotterer, Stammer, Schwerkörige) eingerichteten 2 Sprachklassen (je eine in der West- und Oststadt) u. 4 Sprachheilklassen in 6 Sprachheilklassen umzuwandeln und diese in ein zentral gelegenes Schulhaus (Kinderschule) zu verlegen.

Einstellung des Sonn- und Feiertagsverkehrs auf der Karlsruher Lokalbahn. Bei der Karlsruher Lokalbahn ist auf der Strecke nach Durmerheim an Sonn- und Feiertagen die Zahl der Fahrpläne eine so geringe, daß die Betriebskosten durch die Einkünfte bei weitem nicht mehr gedeckt werden können, wenn die Preise der jetzt zu beschaffenden Kohlen in Rechnung gestellt werden. Der Stadtrat beschließt daher, den Verkehr an Sonn- und Feiertagen einzustellen.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Die Vereinigung der Orte Fridingen, Birkenweiler, Golpenweiler und Hinterkeigen (Gesamtgemeinde Fridingen). Der zwischen dem Hauptort Fridingen, den Nebenorten Birkenweiler, Golpenweiler und Hinterkeigen der Gesamtgemeinde Fridingen, Amtsbezirk Überlingen, abgeschlossenen Vereinbarung über die Aufhebung ihrer gegenseitigen Gemarkungsgrenzen und über ihre Vereinigung zu einem Hauptort Fridingen der gleichnamigen Gesamtgemeinde wurde gemäß § 104 Abs. 1 der Gemeindeordnung vom 5. Oktober 1921 mit Wirkung vom 1. April 1923 die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 7. April 1923.
Der Minister der Innern.
J. B. Leers. Kaiser.

Bekanntmachung.

Die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung. Gemäß § 30 der Wahlordnung vom 18. September 1922 für die Wahl der Mitglieder der Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten (§§ 1355 ff. der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Gesetzes vom 18. April 1922 — R.G.B. I S. 455 — Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamts 1922 S. 410) bringe ich hiermit das Ergebnis der Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Baden zur öffentlichen Kenntnis:

Für die Wahl der Arbeitsvermittler aus dem Gewerbe und aus der Landwirtschaft wurde nur je eine Vorschlagsliste eingereicht. Die in diesen beiden Listen vorgeschlagenen Bewerber gelten somit als gewählt.

Hiernach sind gewählt:

- a) Aus dem Gewerbe.
- I. Arbeitsvermittler:
1. von Steffelin, Hubert, in Fa. Eugen von Steffelin, Karlsruhe, Kriegerstr. 3.
 2. Frier, Karl, Baumeister in Karlsruhe, Ritterstr. 23.
 3. Oberle, Karl, Malermeister in Karlsruhe, Hebelstr. 1.
 4. Verhagener Dr., Wilhelm, Direktor der Rhein. Gummi- u. Cellulosefabrik in Mannheim-Neinhaus, Gewweg Nr. 4.
 5. Hummel, Paul, Generaldirektor der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Ettlingen.
 6. Bitter, Heinrich, Architekt in Baden-Baden.
 7. Wolff, Georg, in Fa. Wolff & Sohn, Karlsruhe.
 8. Haas, Karl, Fabrikant in St. Georgen i. Schw.
 9. Buhl, Dr. Hermann, Teilhaber der Fa. Gebr. Buhl, Papierfabrik in Ettlingen.
 10. Haase, Fritz, Karl, Hobel- und Sägewerksbesitzer in Mannheim.
- II. Ersahmänner:
11. Mez, Hermann, Direktor der Fa. Karl Mez & Söhne, Freiburg.
 12. Ambs, Franz, Zimmermeister in Freiburg.
 13. Glodner, Robert, Direktor der Grash. Kunstanstalt vorm. L. Glodner G. m. b. H. in Karlsruhe.
 14. Marx, Max, Jnh. der Fa. Max Marx in Heidelberg.
 15. Keller, Ernst jr., Fabrikant in Forstheim.
 16. Weiß, August, Baumeister in Lörrach.
 17. Ebbecke, Gustav jr., Schreinermeister in Karlsruhe, Strichstraße.
 18. Gütthow, S. A., Ingenieur in Eberbach.
 19. Breinisch, Paul, Tiefbauunternehmer in Mannheim, Schlingersstraße 2.
 20. Gehlmann, Wilhelm, Fabrikant in Karlsruhe.
 21. Vogel, Dr. Julius, Teilhaber der Papierfabrik Vogel & Bernheimer, Ettlingen.
 22. Güntermann, Paul, Direktor in Gutach i. Breisgau.
 23. Wagner, Dr., Hermann, Direktor in Bad. Mheinfeiben.

24. Person, Robert, Mannheimer Dampf-Schleppschiffahrtsgesellschaft in Mannheim, Luisenring 46.
25. Dold, Ferdinand, Maurermeister in Karlsruhe.
26. Reiffner, Adam, Malermeister in Mannheim.
27. Zimmermann, Josef, Baumeister in Freiburg.
28. Brendel, Alfred, Direktor in Waghäusel.

b) aus der Landwirtschaft.

- I. Arbeitsvermittler:
1. Schied, Heinrich, Landwirt und Gemeinderat in Neckarbischofsheim.
 2. Merton, Eduard, Gutsbesitzer, Gut Rittmerhof bei Durlach.
 3. Stähle, Anton, Landwirt und Müller in Rünchhof, Amt Stodach.
- II. Ersahmänner:
4. Reichardt, Emil, Landwirt und Bürgermeister in Vabst, Amt Sinsheim.
 5. Laule, Adam, Landwirt in Helmstadt, Amt Sinsheim.
 6. Wernig, Ludwig, Gutswalter des Domänenguts Scheibenhardt bei Karlsruhe.
 7. Vollmer, Max, Gutsbesitzer in Maxau, Post Rielingen.
 8. Schas, Franz, Kaver, Landwirt in Waghäusel, Amt Stodach.
 9. Schmid, Oskar, Landwirt in Raitlach, Amt Stodach.
- Von den in der „Karlsruher Zeitung“ — Staatsanzeiger — Nr. 35 vom 10. Februar 1923 veröffentlichten Vorschlagslisten für die Wahl der Versichertenmitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Baden sind gewählt:

Vorschlagsliste A: (Ordnungsnummer 1)

Reinwort: Deutscher Gewerkschaftsbund (christlich-nationale Arbeiter und Anzeigler)

- a) Aus dem Gewerbe.
- I. Arbeitsvermittler:
1. Fiegelmaier, Anton, Verwalter bei der Ortskrankenkasse Oberkirch.
 2. Meier, Wilhelm, Schäffer in Balldisshut.
 3. Wenzel, Georg, Sekretär in Mannheim.
- II. Ersahmänner:
4. Fuchs, Emil, Sekretär in Bruchsal.
 5. Maier, Josef, Dreher in Triberg.
 6. Reinhardt, Jakob, Sekretär in Freiburg.
 7. Zimmermann, Erwin, Mechaniker in Rastatt.
 8. Guck, Johannes, Weber in Waghäusel.
 9. Armbruster, August II., Fabrikarbeiter in Oberachern.

b) aus der Landwirtschaft.

I. Arbeitsvermittler:

1. Schwan, Ferdinand, Sekretär in Karlsruhe.
2. Boll, Anton, Sekretär in Freiburg.
3. Eckert, Franz, Kaver, Holzhauser in Waldkirch.

Vorschlagsliste B (Ordnungsnummer 2):

- Reinwort: Landesausschuß Baden der freien Gewerkschaften und des „Aa“-Bundes.
- a) Aus dem Gewerbe.
- I. Arbeitsvermittler:
1. Schwarz, Josef, Gewerkschaftssekretär in Mannheim.
 2. Schulenburg, Gustav, Geschäftsführer in Karlsruhe.
 3. Haarer, Hermann, Arbeitersekretär in Forstheim.
 4. Wagner, Wilhelm, Gewerkschaftssekretär in Freiburg.
 5. Stod, Christian, Verwaltungsdirektor in Heidelberg.
 6. Friedmann, Paul, Angeh. der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mannheim.
 7. Schmidt, E. Theodor, Buchdrucker in Konstanz.
- II. Ersahmänner:
8. Mayer, Friedrich, Gewerkschaftssekretär in Rorschach, Stetten.
 9. Heilmann, Peter, Schreiner in Offenburg.
 10. Horn, Otto, Geschäftsführer in Sigen a. S.
 11. Engenberg, Fritz, Hobler in Mosbach.
 12. Selzer, Johann, Werkmeister in Rastatt.
 13. Ritter, Otto, Feilenhauser in Ettlingen.
 14. Dörflam, Karl, Schriftföhrer in Schwenningen.
 15. Hünermann, Karl, Stillleiter in Weinheim.
 16. Spindler, Eduard, Gewerkschaftsbeamter in Durlach.
 17. Straßer, Leopold, Gewerkschaftssekretär in Balldisshut.
 18. Kienzle, Karl, Sortierer in Emmendingen.
 19. Rüttner, Oswald, Mobel-Schreiner in Mannheim.
 20. Rüdert, Leopold, Gewerkschaftssekretär in Karlsruhe.
 21. Krebber, Emil, Zimmerer in Mühlheim i. S.

b) aus der Landwirtschaft.

I. Arbeitsvermittler:

1. Rebl, Hans, Geschäftsführer in Karlsruhe.
2. Wöhle, Johann, Landarbeiter in Mellingen.

II. Ersahmänner:

3. Wöhmer, Karl, Landarbeiter in Kirchardt.
4. Kraus, Josef, Landarbeiter in Hohenwettersbach.
5. Frey, Paul, Landarbeiter in Donaueschingen.
6. Wintermantel, Robert, Landarbeiter in Hirsingen (Oberdorf).

Karlsruhe, den 6. April 1923.

Der Beauftragte des Arbeitsministeriums für die Leitung der Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Baden.

b. Babo.

Hessische Staatsanleihen 1923

8-16% **Markanleihe**, verzinstlich 2% unter dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz, Zeichnungskurs 100%.

6% **Braunkohlen-Koggen-Anleihe**, Zeichnungsbetrag je Einheit 44 000 Mark

gemäß den öffentlichen Bekanntmachungen.

Die Anleihen sind **reichsmündelicher** und werden garantiert durch die Steuerkraft und das gesamte Vermögen des hessischen Staates, letzteres bestehend aus ausgedehnten Waldungen, landwirtschaftlichem Grundbesitz, Braunkohlenbergwerken, Wäldern und Baulichkeiten.

Anskunft erteilen und **Zeichnungen** nehmen entgegen alle Banken und Bankiers.

N. 794

Großer Preisabschlag in KÄSE!

Wir offerieren bei sofortiger Bestellung:

Pa. Holsteiner Tilsiter (abgelag. Ware, ca. 20 ltr. Vollmilch) Broden v. 8-9 Pfd., à Pfd. 2450 Mk. als Postkolli. Bei 100 Pfd. Abnahme à Pfd. 2250 Mk.

Nahrungsmittelvertrieb Nordland Kartori (Holstein)

Junger Herr von auswärts wünscht mit netter, jüngerer Dame bekannt zu werden evtl. später Heirat. Offerten unter N. 366 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Badisches Landestheater.

Dienstag, 10. April, 6^{1/2} — g. 10^{1/2} Uhr: Sp. I Abt. 4000

Abon. D. 17. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3101-3300 u. 5001-5100

Louis Ferdinand, Prinz von Preußen

Möbliertes Zimmer gesucht ab 1. Mai v. jung., ruhigen Herrn (Dr. phil.). Angeb. unter B. 370 a. d. Exp. d. Karlsr. Ztg. erbet.

Buchenstamm-, Buchenstammholz (Bürstenholz) und Eichengerbbholz - Vertanf.

Bad. Forstamt Mittelberg in Ettlingen verläuft freihändig gegen Vorzahlung innerhalb Monatsfrist aus hiesigen Staatswaldungen:

1. Buchenstammholz rund 820 fm: Los 1, Ditr. I 18, 19, II 36,

Los 3, Ditr. VI: 21 Ster. 3. Eichengerbbholz, 268 Ster (Schwefel II. u. III. Kl. u. Bügel):

Los 1, Ditr. I: 38 Ster. Los 2, Ditr. II (Förster Eisele): 178 Ster. Los 3, Ditr. II (Oberforstw. Wöth): 26 Ster. Los 4, Ditr. V: 26 Ster.

Angebote getrennt nach Rosen f. Buchenstammholz in Prozenten der Landesgrundpreise Nov. 1922, für Buchenstammholz und Eichengerbbholz in Mark der Verkaufseinheit bis Montag, 16. April, erbeten.

Vorzugslos des Holzes für Ditr. I Forstwart Stray in Mittelberg, für Ditr. II Förster Eisele in Marzell und Oberforstw. Wöth, Westlingshausen, für Ditr. V Oberforstw. Kunz in Schiefberg und für Ditr. VI Forstw. Geisert in Langenald.

N. 790